

Die „Vorwärts“... Einzelpreis 20 Pfg. • 4. Jahrgang

Die abendgebundene Kampferzeitung... Nummer 84

Freiheit Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Maske herunter!

Am letzten Tage vor der Wahl... die Maske und holt seiner Meinung nach zu einem vernichtenden Schläge gegen die Unabhängigen aus.

Weber Hüttmann hat in der zitierten Rede eine kerartige Auffassung vertreten... die ernt zu Sozialdemokratie irgendeine Persönlichkeit, die ernt zu nehmen.

Das hat sich seitdem auch in steigendem Maße in der Haltung der Massen gezeigt... die auf den Wahlausfall bei den Landtagswahlen in Sachsen beruht.

Die Unabhängige Sozialdemokratie sieht deshalb der Entscheidung bei den preussischen Wahlen mit aller Ruhe entgegen... die ihre klare, von der Einsicht in die Bedingungen des Klassenkampfes geleitete Politik den Interessen der großen Masse der wertvollen Bevölkerung entspricht.

Die Rechtssozialisten aber haben alle Veranlassung, den Schleier über die Politik zu breiten... die sie bisher getrieben haben. Denn sie sind die Schuldigen an der Wiedererstarkung der Reaktion.

Wie verderblich die Politik der Rechtssozialisten gewesen ist... die an führender Stelle bei den Rechtssozialisten wirken.

„Dieser Mehrheitssozialismus war ein Unglück für das Volk... Er brachte es außenpolitisch um alle Chancen, indem er ihm die Sympathien der austriischen Friedensnobelpreisträger verscherzte.

Das wissen auch die Massen, deshalb werden sie sich auch am morgigen Wahltage von dem heuchlerischen Geize der Rechtssozialisten nicht einfangen lassen.

der sächsischen Regierungsbildung, so sind auch jetzt in Preußen in der rechtssozialistischen Partei sehr einflussreiche Kräfte am Werk, die lieber das Zusammengehen mit Stinnes wünschen, als den gemeinsamen Kampf des Proletariats gegen die Reaktion.

Wer deshalb den Kampf gegen die Reaktion ernsthaft führen will, wer dafür sorgen will, daß das Proletariat innerlich und äußerlich geeinigt aus dem Wahlkampf hervorgeht, der muß am morgigen Wahltage die Liste der Unabhängigen Sozialdemokratie wählen.

An die Frauen!

Ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, die ihr oft ungleich schwerer die Lasten und Nöte des täglichen Lebens verspürt als die Männer, übt euer politisches Recht aus und geht wählen!

Ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, die ihr mitbauen und mitarbeiten sollt an der Zukunft der Arbeiterklasse und der ganzen Menschheit, seid euch dieser Aufgabe bewußt und geht wählen!

Ihr Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes, überlegt euch wohl eure Stimmabgabe.

Laßt euch nicht überdöseln von nationalistischen Verleumdungen, glaubt nicht denen, die mit frommem Augenaufschlag und mit dem Hinweis auf die Vergangenheit euch erneut in eure wirtschaftliche, politische und persönliche Abhängigkeit hinabstufen wollen.

Haltet eurer Klasse, haltet den unentwegten Vorkämpfer für die Rechte und Freiheiten der Frau die Treue.

Stellt euch ohne Einschränkung an die Seite eurer Väter, Männer und Brüder und wählt nur die Kandidaten der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Der ungarische Henker Horthy dürstet nach neuen Opfern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten. Wien, 18. Februar.

Einige liberale Politiker versuchten, die ungarische Regierung zum Entgegenkommen der Arbeiterwünsche zu bewegen... die nachrichten verbreitet wurden, Horthy begünstige diese Bewegung.

Horthys Aeußerungen werden von den Konterrevolutionären mit großer Zufriedenheit zur Kenntnis genommen... die in Ungarn ein noch härteres Kurs kommen wird.

Preußenwahlen und Wiedergutmachungsfrage

Die morgigen Preußenwahlen reichen weit über den Rahmen eines innerpolitischen Vorganges hinaus... die vor allem von entscheidendem Einfluß auf die Gestaltung unserer äußeren Politik.

Das Beispiel Bayerns hat noch in den letzten Tagen gezeigt, wie verhängnisvoll die dort erstarkte Reaktion auf die Gestaltung unserer außenpolitischen Verhältnisse einwirkt... die bayerische Regierung hat, gestützt auf die herrschenden Mehrheitsparteien, vor allem auf die Bayerische Volkspartei, in den letzten Wochen eine nationalistische Hehe eröffnet.

Siegt die Reaktion bei den preussischen Landtagswahlen, so wird die Lage noch viel mehr ungünstig beeinflusst... die bayerische Orgeschpolitik findet dann ihre folgerichtige Auswirkung auch in Preußen.

Die rege Aufmerksamkeit, mit der im Auslande die jüngsten Vorgänge in Bayern verfolgt wurden, legt Zeugnis davon ab, daß die hier geschiederten Gefahren äußerst ernst sind... die von französischen militaristischen Kreisen in Bayern geübte Sonderpolitik die bayerische Reaktion außerordentlich verstärkt.

Dieselben Folgen muß der Sieg der Rechtsparteien in Preußen nach sich ziehen... die darüber hinaus würde er in Frankreich wie in England die Stellung der militaristischen Kreise verstärken und die Schwungkraft der von der Arbeiterklasse eingeleiteten Bewegung lähmen.

Der Ernst und die ungeheure Tragweite der Wiedergutmachungsfrage, die in den nächsten Wochen zur Entscheidung steht, ist jetzt noch breiten Kreisen der Bevölkerung gar nicht zum Bewußtsein gelangt... die demgegenüber muß schon jetzt mit aller Klarheit ausgesprochen werden.

Die Wiedergutmachungsfrage bedeutet nicht nur im Rahmen des ökonomisch Durchführbaren... die Wiedergutmachung der Schäden, die der deutsche Militarismus den gegnerischen Ländern im Kriege zugefügt hat.

Die bürgerlichen Parteien, nicht nur die Rechtsparteien, sondern auch Zentrum und Demokraten, sind nicht imstande, die großen Wirtschaftsprobleme der Gegenwart zu lösen... die sind vielmehr das schlimmste Hemmnis beim Wiederaufbau der Wirtschaft.

anderen Ländern. Ihre Herrschaft bedeutet die Verschärfung der wirtschaftlichen Krise, die steigende Verelendung der Massen, die Förderung des Nationalismus und Militarismus und im Gefolge — einen neuen furchtbaren Krieg, bei dem die Arbeiterklasse erneut die Fesseln bezahlen muß.

Die Rechtssozialisten beginnen sich zwar des Ernstes der Situation bewußt zu werden, sie sprechen aber auch in dieser Frage vor jedem wirklichen Kampf zurück und bieten nicht die Gewähr, daß sie nicht wieder wie am 4. August 1914 im Sumpf des Nationalismus versinken und den Militaristen die Steigbügel halten. Anzeichen dafür sind im genügenden Maße vorhanden, so beispielsweise die Kundgebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, in der erneut die eingefrorenen Posthorntöne aus der „glorreichen Kriegszeit“ lebendig geworden sind. Die Rechtssozialisten wissen auch, daß ihnen die Arbeitermassen der anderen Länder kein Vertrauen schenken. Sie sprechen zwar in ihrem Wahlausruf vom 18. Januar von ihren „internationalen Beziehungen“, sie sind aber weder willens noch fähig, jene internationale Kampffront des revolutionären Proletariats herzustellen, die allein instand ist, die Wiedergutmachungsfrage im Sinne des Sozialismus zu lösen.

Genau unfähig dazu sind auch die Kommunisten, die jeden Sinn für die reale Politik verloren haben, phantastischen Wahngedanken nachlaufen, sich über die grundlegendsten Fragen erst auseinandersetzen müssen und, wie der Standaal in München bewiesen hat, in entscheidenden Momenten der Arbeit ungewollt Dienste leisten und dem Nationalsozialismus in die Arme laufen. Auch ihre internationale Politik bietet, wie die feige Haltung der französischen Kommunisten beweist, keine Gewähr dafür, daß ihre Worte von der weiterobernden Internationale in Wirklichkeit umgesetzt werden könnten.

Die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands macht weder wie die Rechtssozialisten dem nationalsozialistischen Bürgerturn Konzeptionen, noch läuft sie wie die Kommunisten phantastischen Plänen nach, die in ihrem Endergebnis nur der Reaktion zugute kommen. Sie sucht vielmehr auch in der Wiedergutmachungsfrage alle revolutionären Kräfte im Innern zu sammeln, die Reaktion niederzukämpfen, die Macht des Proletariats zu erweitern und im Bunde mit den Genossen der Entente-Länder eine aktive internationale Front zum Kampfe gegen den Versailles-Frieden und die Pariser Forderungen herzustellen.

Wähler denkt daran, wenn ihr morgen zur Wahl geht! Denkt daran, daß die Preußenwahlen ein bedeutungsvoller Schritt sind auf dem Wege zur Niederlämpfung der Reaktion, der Eroberung der politischen Macht und der Herstellung friedlicher internationaler Beziehungen! Denkt daran, daß ihr bei dieser Wahl auch Gelegenheit habt, jene zur Verantwortung zu ziehen, die den Krieg verschuldet, den Frieden sabotiert und die ungeheure Last der Entschädigungen dem arbeitenden Volke aufgebürdet haben.

- Darum:
- Keine Stimme den bürgerlichen Katastrophepolitikern!
 - Keine Stimme den rechtssozialistischen Durchhaltepolitikern!
 - Keine Stimme den kommunistischen Konfusionsräten!
 - Alle Stimmen der Unabhängigen Sozialdemokratie!

Sachsen für Erhöhung der Brotzotation

Wie die „Dresdener Nachrichten“ von unterrichteter Seite erfahren wird Sachsen auf der bevorstehenden Konferenz der deutschen Ernährungsminister in München eine Erhöhung der Brotzotation fordern. Sachsen ist ferner grundsätzlich für Beibehaltung der Zwangswirtschaft auf dem Gebiete der Brotversorgung. Bei einer Veränderung des Systems fordert Sachsen, daß kein Getreide in den freien Handel gelange; vielmehr soll das Getreide, das durch das geplante Umlegungsverfahren nicht erfasst wird, an eine bestimmte behördliche Stelle zum Marktpreis abgeliefert werden, der natürlich höher sein wird, als der Preis für das Umlagegetreide. Sachsen wird auch erforderlichenfalls beantragen, daß auf keinen Fall der Brotpreis erhöht, vielmehr etwaige Mehrkosten vom Reiche übernommen werden.

Die Hohenzollern als Deserteure

Kurztlos und treu

Wir haben es in der Schule gelernt: In der Geschichte des deutschen Volkes zeigt sich deutlich Gottes Fügung. Vom Westen und Süden mußte sich der Schwerpunkt des Reichs nach Nordosten verschieben, in dem kleinen Brandenburg mußte sich die Keimzelle eines neuen Deutschland bilden, vor allem aber mußte das von Gottes weiser Vorherbestimmung bestimmte Geschlecht der Hohenzollern in diesem Lande Fuß fassen, um von Schritt zu Schritt fortschreitend uns herrlichen Zeiten entgegenzuführen, jeder einzelne in dieser edlen Familie ein Vorbild deutscher Tugend und Tüchtigkeit, kurztlos und treu.

Sehen wir uns ein paar von den Herren genauer an. Am 10. Mai 1631 fiel Nagenburg in Feindeshand (der „Feind“ war der damalige deutsche Kaiser!) und ging in Flammen auf. Wie Otto von Guericke in seinem Tagebuch erzählt, waren alle besonnenen Männer der Stadt gegen das tollkühne politische Abenteuer gewesen; aber dem Administrator des Erzbistums, Christian Wilhelm von Hohenzollern war es gelungen, durch Geld und große Worte die Bürgerschaft zu verführen. Nun mußte sie die verfehlte Politik des hohen Herrn höher in Nord, Brand und Plünderung; der hohe Herr selbst verstand sich zu salvozieren; er wählte der Tapferkeit besseres Teil und ergab sich dem Sieger, der ihn seinem Range entsprechend behandelte. Ihm wurde kein Haar gekrümmt.

Zur selben Zeit herrschte in Brandenburg Kurfürst Georg Wilhelm. Seine Politik in dieser schweren Zeit kennzeichnet sich durch eine selbst unter den damaligen Verhältnissen (Länderherrscher schlimmster Art trieben alle deutschen Fürsten!) unerhörte Treulosigkeit und Ausbeutung der augenblicklichen Situation. Wie oft dieser treue Landesherr die Partei wechselte, läßt sich kaum nachrechnen. Interessant ist besonders, daß er zweimal, nach der Schlacht bei Breitenfeld und nach dem Tode Gustav Adolfs, einen Separatfrieden in Norddeutschland erfolgreich zu verhandeln mußte. Der Erfolg seiner doppelzüngigen Politik war schließlich, daß Brandenburg zum Tummelplatz aller feindlichen Parteien wurde. Als er das verdiente Unglück hereinbrechen sah, ließ er tapfer sein unglückliches Volk im Stich und floh nach Ostpreußen, wo er, weit vom Schuß, sein Leben in Frieden beschloß.

Zu Königsberg lebte sich am 18. Januar 1701 Kurfürst Friedrich die preußische Krone aus Haupt. „Zur eigenen Tüchtigkeit verdanken die Hohenzollern ihren glänzenden Aufstieg“. Was sagte man dem Volke von den endlosen Vorverhandlungen mit dem Kaiser, mit Schweden, das gegen den ursprünglichen in Aussicht genommenen Titel „König der Wendin“ energisch protestiert hatte, da sein König diesen Titel selbst führte.

Lloyd Georges Sieg

Wiedergutmachungsdebatte im englischen Unterhaus.

London, 18. Februar.

Im Unterhause fand heute nachmittag die Debatte über die Reparationsfrage statt. Botsomley brachte einen Abänderungsantrag ein, worin dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß in Anbetracht der längeren Zeitspanne seit Unterzeichnung des Waffenstillstandes sowie in Anbetracht der Tatsache, daß das Land keine Gelegenheit gehabt habe, seine Ansicht über die Friedensverträge auszudrücken, und in Anbetracht der Politik der Minister mit Bezug auf die Entschädigungen und des Verfahrens gegen die „Kriegsverbrecher“, der König in der Thronrede nicht seine Absicht zum Ausdruck gebracht habe, das jetzige Parlament zu einem baldigen Zeitpunkt aufzulösen.

Robert Claude Lowther unterstützte den Abänderungsantrag und warf der Regierung zweideutige Politik vor. Das Parlamentmitglied erklärte, Deutschland müsse für den Schaden, den es in Europa angerichtet habe, zahlen. Dies müsse jedoch in der geeignetsten und besten Weise geschehen.

Lloyd George erklärte, die Frage sei sehr wichtig. Es handle sich um ein Thema, dessenwegen die alliierten Minister in den allerersten Tagen mit den Deutschen zusammentreffen würden. Er sei in das Unterhaus gekommen mit der Hoffnung, eine Aufklärung über diese schwierige Frage zu erhalten, sei jedoch enttäuscht worden. Er habe niemals Reden gehört, die weniger zur Aufklärung einer Sache beigetragen hätten. Es bestehe ein großer Unterschied darin, ob Deutschland für die gesamten Kosten des Krieges bezahlen solle oder bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit. Er sei bereit, zu seinen Versprechungen zu stehen. Als er während der letzten Wahl in Bristol über dieses Thema gesprochen habe, habe er gesagt, Deutschland müsse bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlen. Er stehe noch heute zu diesem Versprechen. Die Frage sei nur, welches die Grenze der Leistungsfähigkeit Deutschlands sei. Der Premierminister fuhr fort: Wir haben die Gulachten der Brüsseler Sachverständigen eingeholt, die Frankreich, Italien, Belgien und uns zur Verfügung standen, und auf den Rat dieser äußerst fähigen Männer haben wir unsere Forderung vorgebracht. Wir führen die Bedingungen des Friedensvertrages bis zur äußersten Grenze der Macht irgendeines Landes aus. Lloyd George fuhr fort, Botsomley habe nicht den entferntesten Begriff davon, was bereits geschehen sei, um das Abkommen durchzuführen. Tatsächlich sei bereits eine große Menge Rohstoffe, Schiffe und Kohlen abgeliefert worden.

Er handle nicht auf eigenen Rat, sondern auf den Rat der Sachverständigen, die die Lage jeden Tag prüften, und der Schluß, zu dem sie gekommen seien mit Bezug auf die Zahlungsfähigkeit Deutschlands sei der, den man auf der Pariser Konferenz angenommen habe. Lloyd George erklärte, wenn man auf Unmögliches dränge, bekomme man gar nichts. Dieser Krieg habe mehr gekostet, als irgendein Land bezahlen könne. Der Krieg habe 50 Milliarden Pfund gekostet.

Auf den Jura des Obersten Ward: die Deutschen würden England im Falle eines Sieges geplündert (!) und jedes Stück Privatbesitz weggenommen haben (!), sagte Lloyd George. Schön, wir wollen sagen, sie hätten das Land geplündert. Angenommen, sie hätten die Nationalgalerie geplündert, alle unsere Einrichtungsgegenstände mitgenommen und all unser Geld; hat sich einer schon jemals überlegt, wie weit dieses gereicht haben würde? Es würde noch nicht einmal für eine Jahresrate der Entschädigung gereicht haben. Es kann nur in Ware oder Arbeitsleistung gezahlt werden. Deshalb hätten die Alliierten den Aufruf zur Inflation in den Reparationsplan eingeführt. Für alles, was Deutschland ausführt, werde es in Gold bezahlt, es müsse jedoch ein bestimmter Betrag für Rohstoffe und Lebensmittel ausgeht werden. Lloyd George erklärte dann, wie bereits gemeldet: „Ich will mein Bestes tun, um aus Deutschland den letzten Pfennig herauszuziehen, den es zu zahlen in der Lage ist, will jedoch nicht Vorschläge unterbreiten, die nach dem Gutachten der Sachverständigen höchst undurchführbar seien, und im Lande falsche Hoffnungen erwecken würden.“

Bezüglich der Frage des Verzinsens gegen den früheren Deutschen Kaiser erklärte Lloyd George, in Anbetracht der Weigerung Hollands sehe er keinen Vorteil darin, darauf zu bestehen, daß der frühere Kaiser ausgeliefert werde. Frankreich sei ebenso entschlossen gewesen wie England in der Forderung, daß Wilhelm II. abgeurteilt und bestraft werden solle, aber sogar Frankreich sei der Ansicht gewesen, die Alliierten sollten nicht eine feindliche Handlung gegen Holland riskieren. Dies sei die Sache nicht wert gewesen, und nur zu blüssen, sei nicht wünschenswert. Trug der Schwierigkeiten, die Deutschland habe, andere „Kriegsverbrecher“ vor Gericht zu bringen, versichere er, daß er auf dem Verlangen gegen diese Personen bestehen und darauf dringen werde. Diejenigen, die unemiltlicher Grausamkeiten schuldig

seien, müßten abgeurteilt werden, und wenn die alliierten Staatsmänner mit den deutschen Vertretern in etwa zwei Wochen zusammentreffen würden, so würden sie auf diesem Punkte bestehen.

Lloyd George schloß: Wir wollen nicht vergessen, was bereits vollendet wurde: das deutsche Heer und die deutsche Flotte sind vernichtet, eine riesige Menge von Kriegsmaterial ist ausgeliefert worden, die deutschen Kolonien sind nicht mehr. Es wird unsere Pflicht sein, darauf zu achten, daß Deutschland bis zur äußersten Grenze seiner Leistungsfähigkeit bezahlt. Ich behaupte, daß Mitglieder des Parlaments, die erklären, Deutschland könne größere Entschädigungen leisten, und die kein tieferes Verantwortlichkeitsgefühl an den Tag legen, Dinge vorschlagen, die ganz undurchführbar sind, und die kein vernünftiger Mensch empfehlen kann. Eine vorläufige Nichtausführung seiner Verpflichtungen durch Deutschland würde eine Aktion der Alliierten zu ihrer Erzwungung herbeiführen. Bevor jedoch irgendeine Regierung diese Verantwortlichkeit übernimmt, nämlich die Verantwortlichkeit, an ihr betreffendes Land zu appellieren, und die energetischen Maßnahmen zu ergreifen, die notwendig sind, um diese Verpflichtungen zu erzwingen, müßten die Regierungen, Parlamente und Völker davon überzeugt sein, daß die Nichtdurchführung seiner Verpflichtungen von Seiten Deutschlands nicht auf etwas zurückzuführen ist, was es vernünftigerweise nemäh erklären kann, sondern auf einen vorläufigen Verlust von Seiten Deutschlands, Europa noch einmal herauszufordern.

Das Mitglied der Arbeiterpartei T. Shaw nannte den Verlust der Alliierten, aus Deutschland die jetzigen abgeänderten Forderungen herauszubekommen, einen Riesenschuß und sagte, die Arbeiterpartei unterstütze den Abänderungsantrag Botsomleys, da sie der Ansicht sei, die gesamte Politik der Regierung mit Bezug auf den Friedensvertrag müsse der Wählerkraft unterbreitet werden.

Der Abänderungsantrag Botsomleys wurde mit 181 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Zurückziehung der amerikanischen Besatzungstruppen

Nachdem Amerika seinen Vertreter aus der Völkervereinigung und der Wiedergutmachungskommission zurückgezogen hat, sollen nun auch noch vor dem 1. Mai die 5400 Mann Besatzungstruppen zurückgezogen werden, die sich noch in den Rheinlanden befinden. In der Meldung wird gesagt, daß die Amerikaner bereits ein erstes Kontingent von 5000 Mann zurückgezogen hätten, so daß es jetzt notwendig erscheine, die bereits begonnenen Maßnahmen zu Ende zu führen. Diese Entscheidung beeinflusse aber in keiner Weise die amerikanische Politik der Zukunft.

Kontrollierte Unabhängigkeit

Englands Pläne für Ägypten

London, 19. Februar.

Der Bericht der Kommission unter Lord Milner, die ernannt wurde, um Vorschläge bezüglich der zukünftigen Verwaltung Ägyptens zu machen, ist veröffentlicht worden. Es heißt darin, die Zeit sei gekommen, um das Versprechen, Ägypten Selbstverwaltung zu gewähren, zu erfüllen, und zwar mittels eines Vertrages mit der ägyptischen Regierung, der zugleich die Unabhängigkeit Ägyptens erklären und der die wesentlichen Interessen Englands sichern würde. Gewisse britische Interessen müßten jedoch aufrecht erhalten werden. Der Vertrag müßte die Sonderstellung des britischen Reiches sichern, Großbritannien ermöglichen, um Schutze der Verbindungen zwischen den einzelnen Teilen des Reiches auf ägyptisches Gebiet eine Truppenmacht zu halten und angemessene Sicherheit zu gewähren, daß die ägyptische auswärtige Politik England keinen Abbruch tue.

Der Bericht erklärt weiter, ohne Beseitigung der Kapitulation könne keine ägyptische Regierung wirkliche Unabhängigkeit genießen. Die gemischten Gerichte müssen reorganisiert werden, um die Konsulargerichte zu ersetzen. Die Mächte würden jedoch auf die augenblicklichen Vorrechte nur verzichten, wenn England die notwendigen Sicherungen gebe. Der Vertrag müsse daher Großbritannien das Recht geben, in die die Ausländer betreffende Gesetzgebung einzugreifen und die Zweige der Verwaltung, die ausländische Interessen berühren, zu kontrollieren.

Präsidentenwahl im Dipsyischen Landtag. Der neu gewählte Dipsyische Landtag trat am Freitag zu seiner ersten Sitzung zusammen und nahm die Wahl des Landtagspräsidenten vor. Gewählt wurde zum Präsidenten Hg. Meier in Detmold (Sag.) und zum Vizepräsidenten Hg. Meier in Dörentrup (Dnt.).

Nun galt es, dem Kaiser den Dank des neugeborenen Königs zu erweisen. Es geschah! Im ganzen spanischen Erbfolgekrieg erfochten brandenburgische und pommerische Soldaten „glorreiche“ Siege in einem Streite, der sie nichts anging. Der „oberste Kriegsherr“ sah während dem friedlich zu Hause und spazierte mit der Gräfin Wartensleben auf der Schloßterrasse, damit das getreue Volk läse, daß er auch eine Maitresse habe, wie einem echten König zukommt.

Sein Enkel Friedrich II. gilt als der größte Kriegsheld und Heerführer seines Jahrhunderts. Das Schicksal hat ihn dazu gemacht, nicht eigene Veranlagung. Wie wenig er dem Kriegswesen genüge, zeigte sich darin, daß der 17jährige Kronprinz, nach preussischer Sitte bereits Offizier, sich entschloß, durch die Flucht ins Ausland sich dem Zwange des Vaters zu entziehen. Eine Handlung, die dieser mit Recht als Desertion anjah und beinahe mit dem Tode durch Henkershand geahndet hätte. Die Fürsprache des Kaisers rettete Friedrich vor schimpflichem Tode. Sein Dank sollte sich bald zeigen.

Den drohenden Zerfall Oesterreichs nach dem Tode Karls VI. suchte er von vornherein durch allerlei Intriguen für sich auszubuten und konstruierte sich einen Anspruch auf das Land Schlesien, an den keiner, er selbst wohl am wenigsten, glaubte. In einen wirklichen Krieg dachte er wohl kaum. Nach dem ersten Mißerfolg der Kavallerie bei Mollwitz, suchte er wie die anderen in eiliger Flucht sein Heil, verließ eilends das Schlachtfeld und ritt mit geringer Bedeckung davon. Er verzweifelte am Siege, aber seine Arme schienen gut genug, sich weiter zu schlagen, um den Abzug des Königs zu beden. Vor seinen Generalen markiert er seine Flucht durch das Vorgeben, Verstärkungen aus Ostau und Strehlen holen zu wollen, gelangt aber nach Oppeln. Hier in ein Handgemenge mit wenigen ungarischen Hulanen geraten, läßt er wiederum seine Begleiter im Stich, die getödtet oder gefangen werden, und kommt endlich fast allein nach Löwen, wo ihn dann die „Sieges“-Nachricht trifft.

Und nun wiederum sein zweiter Nachfolger Friedrich Wilhelm III. Von unkontrollierbaren Launen und unverantwortlichen Ratgebern gelenkt, treibt er sein Volk 1806 in einen Angriffsrieg, der weder Ursache noch Zweck hatte. Kurz vor der Entscheidung schreibt er an Napoleon einen schmeicheleichen Brief, den Zwielicht eines der unglücklichsten Schriftstücke nennt, die je von einem König unterzeichnet wurden; gleichzeitig freilich geht an Napoleon ein Ultimatum, das bei dem weit überlegenen Gegner nur Spott und Hohn auslösen konnte. Und als dann das Unglück hereinbricht, als der Oberfeldherr fällt, da übernimmt der „oberste Kriegsherr“ weder selbst die Führung, noch überträgt er sie einem anderen, sondern überläßt das führerlose Heer seinem Schicksal und reißt in Racht und Rebell davon, auf Erfurt zu, wo er Sicher-

heit für seine Person zu finden hofft! Kann es Wunder nehmen, wenn das Heer, von seinem Könige feige im Stich gelassen, ohne Führung und Befehl, allen Mut verlor und eine Kapitulation nach der andern erfolgte? Daß es auch anders ging, zeigte das Beispiel eines anderen Hohenzollern, Prinz August, der abweichend von den Gewohnheiten seines Hauses, bei der Truppe aushielt und unweit von Stettin eine ehrenvolle Kapitulation einging.

Der König aber setzte sein Spiel fort. Berlin wird bedroht, der Krieg ist praktisch verloren. Der König zieht sich in das seiner Meinung nach sichere Ostpreußen zurück und überläßt seine Provinzen der feindlichen Okkupation mit all ihrem Elend.

Sein Sohn, der spätere König Wilhelm I., gab sich Zeit seines Lebens als Soldat und erscheint bekanntlich in der Legende als großer Feldherr und Kriegsheld. Als 1848 in Deutschland das Volk sich zu ermannen schien und das Joch der Tyrannei abwerfen wollte, da floh er — ein aktiver General des preussischen Heeres! — nach England, um erst zurückzukehren, als der blutige Ausgang der Revolution jeden Aussehen von Gefahr getilgt hatte. Dann freilich ließ er es sich nicht nehmen, mit den besten preussischen Truppen glänzende Siege über Hussos und Herzoghe kaum bewaffnete Scharen zu erröchten und Tausende dem Tode und dem Kerker zu überliefern. Aber schon in der ersten Zeit seines Königtums, als der Liberalismus es wagte, für ein konstitutionelles Königtum einzutreten, verließ ihn wieder der Mut. Es ist bekannt, wie es Bismarck nur mit großen Bemühungen gelang, ihn an seinen Offiziersleben erinnern, von der Abdankung abzubringen, da er in gänglicher Verkennung der braven Verdienste Liberalen das Schicksal Karls I. fürchtete. Auch ein Feld!

Ein getreues Ebenbild seiner Vorfahren ist endlich Wilhelm der Ausreißer. Auch er hat, von persönlichen Launen und unverantwortlichen Ratgebern getrieben, Deutschland in einen Krieg gehetzt, den niemand wollte, auch er hat, nachdem durch seine Schuld das Kriegsspiel verloren, die Friedensausichten die allertraurigsten geworden waren, keine allerhöchste Person in Sicherheit gebracht; das in der Eile vergessene Geld ließ er sich von seinen ergebenden Lakaien nachschicken.

So sehen diese Hohenzollern aus, die nach der Weisheit unserer Schulbücher von Gott zu Hütern des deutschen Volkes ernannt sind! Es ist nicht anzunehmen, daß sie sich ändern könnten. Sie werden bleiben, wie sie waren: kurztlos und treu!

Vindex

Gute Geschäfte in Menschenaugen. In Neclams Universum werden zwei Stellen aus dem Bericht einer Thüringischen Handelskammer angeführt, die einen hübschen Gegenstand bilden. Die erste Stelle lautet: „Kunsthäuser in Menschenaugen. Das Geschäftebild war im ersten Vierteljahr 1920 infolge der durch den Krieg und

Antiparlamentarische Parlamentarier

Man hat am Donnerstagabend endlich erfahren, wie die kommunistischen Führer, die sich jetzt haufenweise ins preußische Abgeordnetenhaus wählen lassen möchten, ihre parlamentarische Tätigkeit ausüben gedenken. Da wird in einem Leitartikel der „Roten Fahne“ des langen und breiten Auseinandergesetzt, was unter „positiver Arbeit“ zu verstehen sei. Es sollen nur Anträge gestellt werden, von denen man von vornherein annehmen könne, daß sie keine Zustimmung im Parlament finden würden. Denn es komme nicht darauf an, irgend etwas im Parlament zu erreichen, sondern lediglich darauf, „allen Volksvertretern dadurch die heuchlerische Maske vom Gesicht zu reißen“. Mögen auch alle kommunistischen Anträge „unerfüllbare Utopien“ sein, so würden sie doch ihre agitatorische Wirkung nicht verfehlen. Dann heißt es weiter:

Aber selbst diese „positive Arbeit“ darf von unseren Abgeordneten nicht als ihre Hauptaufgabe im Parlament aufgefaßt werden. Das wichtigste ist, daß wir dort als Spione im feindlichen Lager, als Spione, als Feinde des parlamentarischen Systems „negativ“ arbeiten, das Funktionieren der parlamentarischen Volksbetrugsmaschine nach Möglichkeit erschweren, die Kapitalisten und ihre Trabanten durch unser ganzes Auftreten proporzieren und reizen und dadurch die der Verschärfung der Klassengegensätze entsprechende politische Stimmung steigern.

Nach diesem Rezept sollen also die kommunistischen Parlamentarier im Abgeordnetenhaus nur Krach machen; an irgendeine sachliche Tätigkeit mit Ausnahme der Entgegennahme ihrer Diäten, dürfen sie nicht denken. Ein annehme kommunistisches Blatt, die „Hamburger Volkszeitung“, hat in ihrer Nummer vom 14. Februar die ganze Geschichte noch auf eine einfachere Formel gebracht: „Der Sieg des Proletariats kann nur im Bürgerkrieg erkämpft werden“. Das klingt alles fürchtbar revolutionär, ist aber in Wirklichkeit nur ein Rückschlag aus den Gedankengängen jener Zeit, in der die deutsche Arbeiterbewegung noch im Kindheitsalter ihrer Entwicklung stand.

Was die „Rote Fahne“ als „positive Arbeit“ ausspuckt, ist nichts anderes, als der in der kommunistischen Arbeiterpartei herrschende Geist, nur daß die Mandatsträger von den Vereinigten Kommunisten teils zu feige, teils zu unehrlich sind, um die Konsequenzen aus ihren Auffassungen zu ziehen. Vor einiger Zeit, am 18. November 1920, hat sich Walcher, Mitglied der Zentrale der kommunistischen Partei, mit jenen Leuten beschäftigt, die bei jeder Frage, die eine sofortige Lösung verlangen, erklären: der Kapitalismus sei banterott, nur der Kommunismus könne uns noch retten, kleine Reformen, die durch das Parlament erreicht werden könnten, würden uns nichts nützen. Nicht der Kampf um bessere Wohnungs- und Lebensverhältnisse, sondern der Sturz des Kapitalismus müsse unsere Lösung sein. Walcher sagte nun dazu:

Bis zu einem gewissen Grade hat der Genosse vollkommen recht. Der Kapitalismus muß in der Tat sterben, soll das Proletariat leben. Aber die Frage ist, wie wird er gestürzt? Erreichen wir dieses Ziel dadurch, daß wir bei allen möglichen und unmöglichen Gelegenheiten rufen: Es lebe der Kommunismus! Wieder mit dem Kapitalismus? Seider wohnt diesem Felsengestein nicht die himmelstürmende Gewalt inne, die man den Hohen von Jericho nachruhmte. Dort sollen die Hohen zum Einsturz der Stadtmauer geführt haben. Die Mauern des Kapitalismus warten leider nicht, auch wenn wir noch so hart die Luft erschüttern mit dem Rufe: Nieder mit dem Kapitalismus. Es gilt nicht immerfort zu schreien: Sturz des Kapitalismus, es gilt ihn tatsächlich zu stürzen.

Sieben aber mit dieser Ansicht nicht im Widerspruch die Versuche, noch innerhalb des Kapitalismus die Lage der Arbeiter zu bessern oder ihre Verelendung entgegenzuwirken? Jene Genossen, die hier einen Widerspruch konstatieren, sind offenbar nicht sehr fest davon überzeugt, daß die Uhr des Kapitalismus abgelaufen ist. Die Genossen, die von einer Völligkeit, die an die Völligkeit des Proletariats anknüpft, die sich zum Fürsprecher der darbenenden Massen macht, eine Räumung der revolutionären Energien in den Massen befürchten, glauben tatsächlich an die Möglichkeit, daß durch Reformen innerhalb dieses sterbenden Wirtschaftssystems noch erträgliche Existenzbedingungen für das Proletariat herausgeholt sind. Der tiefste Kern ihres „Radikalismus“ ist also die theoretische Unsicherheit, Zweifel an dem wirklichen Bankrott des Kapitalismus.

den geringen Wert der deutschen Mark geschaffenen außergewöhnlich guten Abnahmeverhältnisse nach dem Ausland ein besonders günstiges. In den folgenden Monaten kam es zu einem empfindlichen Rückgang; gegen Ende des Jahres trat eine Wiederbelebung des Geschäfts ein. Einige Stellen weiter heißt es: „Puppenaugen“. Die Geschäftslage in der Puppenaugenindustrie während des Berichtsjahres muß als schlecht bezeichnet werden. Der deutsche Markt hatte nur geringen Bedarf an Puppenaugen. Um so größer war also — die Kapitalisten finden sich immer gut raus — der Absatz an künstlichen Menschenaugen. Denn wie haben doch solange gemordet und zerstört, daß sich jetzt die früheren Feinde ihre echten Augen gegen deutsche aus Glas mit billiger Palata eintauschen können. Und da das Geschäft gut war und die Projekte hoch, haben die Fabrikanten nichts gegen neue Kriege einzuwenden.

Eine Arbeiterkolonie von Taubstummen. Die im nordamerikanischen Staat Ohio gelegene Stadt Akron ist eine der hervorragendsten Erzeugungsstätten der amerikanischen Kautschukindustrie in der 20 000 Arbeiter beschäftigung finden. Die größte der dortigen Fabriken ist das Etablissement Goodyear, das aus dadurch eine Ausnahmestellung einnimmt, daß es 600 taubstumme Arbeiter beschäftigt. Vor mehreren Jahren wurden hier verlassene weiße einige taubstumme junge Leute als Lehrlinge eingestellt; sie zeichneten sich bald vor den anderen durch Fleiß, Umsicht und gewissenhafte Arbeit so vorteilhaft aus, daß sich ihre Zahl rasch vermehrte, und daß die taubstummen Arbeiter heute den Stamm der Arbeiterkolonie der Fabrik bilden. An der Spitze der stummen Kolonie stand bisher ein Australier Collespie, die jetzt die Gattin eines Taubstummen ist. Sie selbst ist die Tochter taubstummer Eltern, hört und spricht aber wie andere und hat ihre ganze Kraft in den Dienst der Fürsorge für die Arbeiterschaft gestellt. Die Kolonie der Schweigenden ist vorzüglich organisiert; sie besitzt ihre Spielplätze, Erholungsstätten, eine Bibliothek und eine Schule und hat einen Sportverein und einen Gesangsverein gebildet.

Der Bücherwucher bleibt bestehen. Eine außerordentliche Hauptversammlung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler beschloß, die Ausbreiterhaltung der hohen Auslandspreise, die wir hier bereits seiters als Ruin des deutschen Buches im Ausland und als schwere Schädigung aller Schaffenden bezeichnet haben. Die Preise sollen werden mühten, oder mit anderen Worten, weil die großen Gewinne sonst nicht aufrechterhalten werden können. So arbeitet der Kapitalismus mit schärfstem Eigennutz, ohne zu sehen, daß er sich selbst sein Grab schaufelt.

Tantiemen von Schiller. Die Schriftstellerorganisationen führen seit längerer Zeit einen Kampf darum, daß alle, die mit literarischen Werken Geld verdienen, einen Teil des Ertrages zur Unterstützung der lebenden Schaffenden abzugeben haben. Diese Bewegung ist von großer Bedeutung, denn es besteht sonst kaum eine andere Möglichkeit, das künstlerische und wissenschaft-

Der wahrhaftige Revolutionär wird dagegen stets an die alltäglichen Nöte der Massen anzuknüpfen wissen, er muß, soll er Erfolg haben, sich ehrlich und selbstlos zum Anwalt der Unterdrückten machen. Gerade wenn er sich auf den Boden der scheinbar reformistischen Forderungen stellt, die von rüstständigen Massen getragen werden, wird es ihm möglich sein, zu zeigen und zu beweisen, daß es selbst bei größter Geschlossenheit der Arbeiterklasse nicht möglich ist, erträgliche Existenzbedingungen für das Proletariat im Rahmen des Kapitalismus durchzusetzen oder auch nur einer Verschlechterung der Lebenslage entgegenzuwirken. Er kann sich auch nicht damit zufriedengeben, daß der Kapitalismus sowieso zugrunde geht. Es kommt nicht nur darauf an, daß der Kapitalismus verschwindet, sondern darauf, daß er ersetzt wird durch den Kommunismus. Nur wenn der Kommunismus stets an der Seite seiner Klassenangehörigen marschiert, wenn er anknüpft an ihr Verständnis und an ihre Tagesorgen, wird

Wer den Kampf gegen den Lebensmittelwucher, die Steuerdrückeberger, die Orgegeschwäger, den Militarismus fördern will, der wählt am 20. Februar U. G. P. D.

es seiner besseren Einsicht gelingen, den Massen die Konsequenzen vor Augen zu führen und sie für große revolutionäre Massenkämpfe reif zu machen.

Seitdem ist wieder ein Vierteljahr vergangen, die Methoden der kommunistischen Partei haben sich nicht geändert. Wir erwarten aber, daß die erkennenden Arbeiter es ablehnen werden, Leute ins Parlament zu schicken, die dort nur schreien und toben wollen, die Sache der Arbeiterbewegung durch ihre Kadenaupolitik nur schaden, anstatt auch an diesem Ort zu versuchen, die Lage des Proletariats zu heben. Die Unabhängige Sozialdemokratie wird demgegenüber auch künftig das Parlament zwar nicht als ein Mittel der Beseitigung der Klassenherrschaft behandeln, wohl aber als eine von jenen Gelegenheiten, die ausgenutzt werden müssen, um die Arbeiterklasse vor gänglicher Verelendung zu schützen.

Wo Gottesfurcht und fromme Sitte herrscht

In dem Land der christlichen Ordnung und Moral, in Horthy-Ungarn, werden jetzt täglich riesige Korruptionsaffären und Millionenunterschleifen der leitenden Männer des „Christlichen Kurzes“ aufgedeckt. Einer nach dem andern von diesen Helden verschwindet bis auf die Knochen blamiert in der Vertenkung. Gleichzeitige nehmen die politischen Sensationsprozesse kein Ende. So wird sich demnächst Stephan Friedrich, der ehemalige Ministerpräsident und Begründer des Weihen Terrors, vor dem Budapest'scher Schwurgericht zu verantworten haben, und zwar unter der Anklage, im Oktober 1918 die Ermordung des Grafen Tisza veranlaßt zu haben. Trotz aller Vertuschungsversuche der Freunde Friedrichs, sind Tatsachen zutage gefördert worden, die ein ziemlich lächerliches Bild von dem Vorleben dieses Ehrenmannes geben, der lange Zeit auch der Abgott aller deutschen Orgegeschwäger war.

Stephan Friedrich war zu Anfang seiner Laufbahn Ingenieur, später wurde er Revolverjournalist und betätigte sich in allerlei dunklen Geschäften. Als das Völkermorden zur Reize ging, suchte er, mit dem guten Instinkt des politischen Abenteuerers, Anschluß an die ungarische revolutionäre Bewegung, wurde aber als Hochkapitler erkannt und hinausgeworfen. Da es ihm nicht vergönnt

liche Leben der Gegenwart materiell zu fördern. Gewisse Anfänge sind darin schon gemacht, indem z. B. unseres Wissens einige Theater von den Aufführungen kleinstädtischer Werke Tantiemen an die Verwaltung des Kleistpreises abgeben. Von dem Film „Die Verwundung zu Genua“, frei nach Schillers Fiesco, werden die Gesamteinnahmen der ersten Aufführung dem Schutzbund deutscher Schriftsteller zufließen. Den gewerkschaftlichen Verbänden der Schriftsteller, Künstler und bildenden Künstler, obliegt es nun, dieses Ziel weiter hartnäckig zu verfolgen. Allerdings werden sie es nie vermissen, solange sie nicht eine einheitliche Organisation bilden.

Rechtssozialistischer Unterhaltungstitel. Die rechtssozialistische Presse unterhebt sich in ihrem Unterhaltungsteil oft nicht mehr von der Morgenpost, nur daß das Technische schlechter ist. Jetzt ist ein rechtssozialistischer Blatt, die „Blauer Volksstimme“, bereits soweit heruntergekommen, einen der Romane von der Courth's-Mahler zu bringen, die durch ihren kitschigen Patriotismus und ihre schwülstigen Liebesabenteuerheiten sprichwörtlich moderner Romanhand geworden sind. Gerade der Roman war und ist bei der sozialistischen Presse recht gut. Um so schärfer ist die Spekulation auf das Kleinstprekterium der Provinz zu verurteilen.

Das Mindesteinkommen der Bühnenmitglieder. Wie aus einer Festlegung der Ortszuschläge zum Mindesteinkommen der Bühnenmitglieder in den verschiedenen Städten Deutschlands durch den Karlsauschuß des Deutschen Bühnenvereins hervorgeht, beträgt das Mindesteinkommen der Bühnenmitglieder in Bremerhaven 750 M., Coblenz 1000 M., Coburg 750 M., Godesberg 800 M., Halle 850 M., Heidelberg 800 M., Landshut a. d. W. 575 M., München 1000 M., Neumünster 650 M., Oberhausen 600 M., Prenzlau 600 M., Trier 800 M., Jittau 550 M. Und damit sollen Menschen leben und, wie es der Beruf erfordert, möglichst elegant auftreten.

Tages-Notizen

Jugendveranstaltungen von Neudorf. Mittwoch, den 23. d. M., 7 1/2 Uhr, findet in der Realschule, Neudorf, ein vom Jugendrat veranstalteter Neudorf-Festabend statt. Mitwirkende: Friedrich Caro (Vortrag), Nicolaus Damschitz (Erläuterung), Theodor Fried (Klavier), Peter Wranz (Gesang). Beginn 8 Uhr, im Rathhaus, Zimmer 228, und bei den Jugendleitern der Vereine zu haben.

Alte Mitterlungen. Der deutschsprachige Dichter Oskar Hoffmann kommt Montag in einem Vortragabend nach Gita Markt im Volkshaus um 8 Uhr, in der „Blauer Volksstimme“ ist eine lustige Soldatensatire „Die Welt“, Wald und Wiesen-Bühne erschienen.

Kaufschreiben. Im Geschäftslokal, Karlsbadstr. 22, wird Montag die Ausstellung des Schriftstellers der Buchmalerei des 17. Jahrhunderts eröffnet. Gezeigt werden seltene Buchmalereien nach teils alten Handschriften der Kaiserlichen Staatsbibliothek.

Schule und Erziehung. Mittwoch, 23. Februar, 7 Uhr, im Werner-Siemens-Kreisgymnasium, Hohenzollernstr. 47/48, öffentliche Vorlesungen zur 1917/18. Schuljahr. — Von der „Blauer Volksstimme“ werden seltene Buchmalereien nach teils alten Handschriften der Kaiserlichen Staatsbibliothek.

Veranstaltungen. Stadt, Opernhaus: 7. und 8. Himmernann von Ludwig Mittern. — Komiker: 7. und 8. Himmernann von Ludwig Mittern. — Komiker: 7. und 8. Himmernann von Ludwig Mittern. — Komiker: 7. und 8. Himmernann von Ludwig Mittern.

war, eine Kasse zu spielen, etablierte er sich am Tage des Umsturzes im Vorzimmer des revolutionären Nationalrates, suchte dort die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken und verammelte schließlich eine Anzahl fragwürdiger Existenzen um sich, die er unter Aufreizen und Versprechungen zur Ermordung des Grafen Tisza anstiftete.

Unter dem Karolvi-Regime gelang es Friedrich, sich im Trübel der Revolutionen ins Kriegsministerium einzuschleichen, wo er sich zum Staatssekretär aus eigenen Gnaden machte und als großer Revolutionär ausplügte. Man bildete ihn anfangs aus Risseid, warf ihn aber hinaus, als er gar zu großen Unjug trieb. Unter anderem wollte er damals eine Garde aus Zionisten (!) organisieren.

Nun wandte er sich der Gegenrevolution zu und sah seinen Tag gekommen, als dem kurzen Regiment Bela Rhuns der Zusammenbruch folgte. Der ehemalige Revolutionär, Grafenmörder und Judenbeschützer wurde jetzt erster Ministerpräsident der Gegenrevolution und begründete als solcher das Schredensregiment, dem Tausende von Arbeitern, Sozialisten und Juden zum Opfer fielen. Als dann seine früheren Sünden ans Tageslicht kamen, mußte auf Drängen der Familie Tisza das Strafverfahren gegen ihn eröffnet werden.

Zweifellos wird die Gerichtsverhandlung nur eine Komödie sein. Die Geschichte des Herrn Friedrich aber ist für uns deshalb interessant, weil sie zeigt, aus welchen Leuten diejenige Gesellschaft besteht, die unseren deutschen Reaktionen als Vorbild dient. Würden die Deutschnationalen hier zur Herrschaft kommen, dann würden in Deutschland Zustände einreichen, ebenso schlimm wie in Ungarn. Auch das müssen sich die Wähler merken!

Die Sehnsucht des Wandelbaren

In einer deutschnationalen Versammlung, in der Staatsminister a. D. Helfferich sprach, kam es in Frankfurt am Main zu stürmischen Auseinandersetzungen mit etwa 100 Kommunisten, die vor Versammlungsbeginn mit Gewalt in den Saal eingingen und hierbei einen älteren Mann erheblich verletzten.

Nachdem die Ruhe in der Versammlung durch Enternen der Kommunisten wiederhergestellt war, teilte Helfferich u. a. mit, daß die Deutschnationalen Partei bereit sei, auch mit den Sozialdemokraten in eine Regierung einzutreten, wenn man die Gewähr dafür habe, daß man in London unter allen Umständen fest bleiben werde.

Helfferich kann also so und auch anders, wenn nur die Interessen der Besizenden dadurch geschützt werden. Das ist die gepriesene deutschnationale Moral!

Die Konfusion auf dem Höhepunkt

Die „Rote Fahne“ teilt zwischen allerhand anderen politischen Notizen mit, daß die Zentrale der kommunistischen Partei den Ausschluß von Otto Thomas und Otto Graf wegen der bekannten Vorkommnisse in der Münchner Partei beschlossen habe.

Man darf einigermaßen gespannt sein, wie die weitere Entwicklung in dieser Sache verlaufen wird. Die Münchner Kommunisten haben ihren Führer Graf und Thomas ihr Vertrauen ausgesprochen, der Bezirksauschuß von München hat sich diesem Vertrauensvotum ausdrücklich angeschlossen und die Schreibweise der Berliner „Roten Fahne“ verurteilt. Die Berliner Zentrale mühte also neben Graf und Thomas auch alle ihre Mitglieder aus dem Münchner Bezirk aus der Partei auszuschließen, wenn sie konsequent verfahren wollte.

Davor wird sie sich freilich hüten. Denn die Münchner haben nur dasselbe in höflicherer Form getan, was die Zentrale auch die „Rote Fahne“ seit Jahr und Tag gepredigt hat, so daß die Konsequenz schließlich zum Selbstauschluß der jamaosen Zentrale führen mühte.

Großer Sieg der Antisemiten bei den Demokraten!

In der demokratischen Presse werden die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei zum Landtag veröffentlicht. Hierbei zeigt sich deutlich, daß der Einfluß des antisemitischen Flügels so stark gemordet ist, daß der einzige jüdische Kandidat dieser Partei, der ehemalige Minister Preuß, an ausichtsloser Stelle erscheint. Hingegen überwiegt die reaktionäre Schicht der Kleinmeister und Handwerker, die trotz ihrer deutschdemokratischen Fassade bis auf die Knochen gut höhensozialistisch gefärbt ist und bleibt. Wie schon vor es doch, als man noch Hofschalkmeister, Hofschalkmeister und Hofschalkmeister werden konnte. „Demokraten“ mit trübem Stern auf kalter Brust. Unsere Partei spielt auf christliches, jüdisches oder sonstiges Religionsbekenntnis und bestimmt die Kandidaten ausschließlich nach persönlicher Tüchtigkeit und Ehrenhaftigkeit. Bei den „Demokraten“ fungieren als Spitzenkandidaten der getaufte Jude und beinahe Kapp-Minister Eugen Schiffer und der politisch-christliche, recht unbegabte Kriegsbekehrer und Reichswehranbeiter Dominicus. Hauptmann a. D.! — Für geistige Menschen war in dieser Partei von jeher wenig Raum, und auch der wird immer von den Reaktionen eingengt.

Dem Verdienste seine Krone

Dem rechtssozialistischen Abgeordneten und früheren Minister Dr. Eduard David ist endlich die verdiente Würdigung für sein patriotisches Wirken zuteil geworden. Der Kappist W. v. Heimbürg führt ihn in einem Leitartikel in der „Deutschen Zeitung“ als Kronzeugen an, daß Deutschland keineswegs Schuld am Kriege habe, sondern daß diese Schuld lediglich auf der Seite der anderen Mächte zu suchen sei. Herr Heimbürg beruft sich auf die Schrift Davids „Wer trägt die Schuld am Kriege?“, die 1917 im „Vorwärts“-Verlag erschienen und in Massen von der Obersten Heeresleitung verbreitet worden ist, und er erhebt gegen die Rechtssozialisten den Vorwurf, daß sie ihren früheren Standpunkt, der sich mit dem Davids' deute, untreu geworden seien.

Der Artikel in der „Deutschen Zeitung“ ist natürlich nur ein Wahlmanöver, denn es mühte auch den geistig Unbegabtesten bereits bekannt sein, daß die Darlegungen Dr. Davids schon während des Krieges insbesondere von Kautsky bis ins Einzelnste widerlegt worden sind. Die nach dem Kriege veröffentlichten Dokumente haben diese Kritik auf das Schlagendste revidiert und den Nachweis erbracht, daß die Verteidigungsschriften Dr. Davids, ebenso wie die der alldemokratischen Kriegstreiber und der bürgerlichen und rechtssozialistischen „Durchhalter“, auf den Müllhaufen der Geschichte gehören.

Das jetzt in der „Deutschen Zeitung“ gespendete Lob ist die schönste Verurteilung, die Dr. David erfahren könnte. Diese Verurteilung bezieht sich aber auch auf den „Vorwärts“ und die gesamte rechtssozialistische Partei, die während des Krieges an demselben Standpunkte wie David festhielt und die ihn nicht nur als ihren Sprecher im Reichstag, sondern auch als ihren Vertreter auf internationalen Konferenzen auftreten ließ. Die Schuld Dr. Davids ist die Schuld seiner gesamten Partei. Mögen die Arbeiter dessen auch am 20. Februar eingedenk sein.

Steter Diskurs. Heute abend öffentliche Wahlerversammlung Schulaula Humboldt-Gymnasium, Gartenstr. 25. Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich.

